

::: Umverteilung ::: Kommunalen Wohnbau ::: Grundeinkommen :::  
::: Antirassismus ::: EU-Kritik ::: Feminismus ::: Offensive Lohnpolitik :::  
::: Antifaschismus ::: Öffentliche Güter ::: Internationale Solidarität :::

# KPÖ in Aktion Partei in Bewegung

# KPÖ



**taglich neu:**  
**[www.kpoe.at](http://www.kpoe.at)**

Impressum : KPO Bundesvorstand • Drechslergasse 42, 1140 Wien  
Layout: typothese.at • Herstellung: Resch-Druck, 1150 Wien





## Das hat die KPÖ gemacht!



Wenn uns wer fragt: Was tut die KPÖ? Dann gibt es auf diese Frage vielerlei Antworten. Und das ist gut so.

KPÖ in Aktion. Politik machen und Initiativen ergreifen hat viele verschiedene Erscheinungsformen. In diesem Heft stellen wir eine Auswahl an Themen und Initiativen vor, die die KPÖ ausmachen. Deren Klammer ist: Gemeinsam leben, handeln, aktiv sein für eine bessere Welt. Von der Unterschriftenliste bis zum T-Shirts bedrucken, vom Zeitung machen bis zu Anti-Nazi-Aktionen, von der Arbeit als Betriebsrat bis zur Arbeit im Internet als ‚Prekäre‘, vom Seminar bis zum Infotisch vor der Markthalle. Es gibt viele Möglichkeiten einzugreifen, etwas in die Hand zu nehmen, etwas für sich und andere

zu tun. Vom Thema Sozialhilfe zu den Studiengebühren, von Spielsucht zum kommunalen Wohnbau, von der Vermögenssteuer zu Frauenorten. Es gibt viele Themen, die uns umtreiben.

Dieses Heft ist eine Auswahl, es ist ein work in progress, es hat keinerlei Anspruch auf Vollständigkeit, vieles hat hier nicht Platz gefunden. Denn mit jedem Mal, in jeder Gruppe, wo AktivistInnen und Mitglieder und FreundInnen der KPÖ zusammen kommen, werden Ideen gesponnen, Aktionen geplant, Hintergründe eingeholt, Fragen erörtert, Diskussionen geführt.

Wenn uns wer fragt: Kann man da mitmachen? JA!





## Gemeinsam können wir etwas bewegen ...

... dies hat die KPÖ auch mit dem Volksstimmefest 2007 einmal mehr unter Beweis gestellt. Mehrere zehntausend Menschen sind auch heuer wieder gekommen, um die Vielfalt der kulturellen Darbietungen engagierter Künstler und Künstlerinnen zu sehen und zu hören, um Spanferkel und Budweiser-Bier sowie Stöckerlfisch, türkische oder kubanische Spezialitäten zu genießen und um nebenbei einige politische Positionen der KPÖ kennen zu lernen. Wahrlich hat das Fest ja sehr viel - nicht nur für die Augen, sondern auch für die Ohren, den Geruchs- und Geschmackssinn - zu bieten.

Mitreibende Rhythmen aus gar mancher Region dieser Welt waren natürlich ebenfalls zu hören - am Samstag hatte Elvis Ajdinovic begeistert. Und am Sonntag - beim Auftritt von Tschuschenkapelle und Drahdwaberl hatten dann Unpünktliche vor der Hauptbühne keine Chance mehr auf einen akzeptablen Platz. Das Sportfest, auf welchem wie gewohnt Judo und Schach geboten wurden, hatte wie immer sein treues Stammpublikum und auch beim Kasperl der KPÖ-Donaustadt herrschte hektisches Treiben.

Mit kurzen Ansprachen - KPÖ-Bundessprecher Mirko Messner, die Wiener BezirksrätInnen Susanne Empacher und Josef Iraschko, der Wiener Landessprecher Didi Zach und die GLB-Bundsvorsitzende Karin Antlinger ergriffen auf den 3 Bühnen das Wort - konnte die Partei eindrucksvoll die Vielfalt der Themen, die wir bearbeiten, dokumentieren und unter Beweis stellen, wie viele kompetente Genossen und Genossinnen in der KPÖ aktiv sind.

Beim neu geschaffenen Info-Punkt im KPÖ-Zentrum waren aktuelle politische In-

fomaterialien aufgelegt. Hingewiesen wurde auf die Mitarbeit der KPÖ im Rahmen der Europäischen Linkspartei, da - aufgrund der ökonomischen und politischen Entwicklungen in Europa und der Welt - eine bessere Koordination und Vernetzung linker und kommunistischer Parteien immer wichtiger wird.

Im Solidorf standen selbstredend internationale Themen und Fragen im Vordergrund - auf Menschenrechtsverletzungen, die in zahlreichen Ländern dieser Welt begangen werden, wurde hingewiesen, die schreckliche Situation in Afghanistan oder dem Irak thematisiert.

Wieviele Menschen genau an den zwei Tagen auf die Wies'n gekommen sind, um die alljährlich größte Veranstaltung der KPÖ unter die Lupe zu nehmen, und um Bekannte zu treffen, lässt sich schwer sagen. Mehrere zehntausend Menschen waren es ganz sicher, denn an vielen Orten herrschte zumeist reges Treiben. Dass all dies möglich wurde, ist aber dem großen, großen Engagement vieler, vieler AktivistInnen der KPÖ, die ehrenamtlich - manchmal sogar 2, 3, 4 Tage lang - tätig waren, geschuldet und einer Festleitung, die die meisten Problemchen bravourös löste.

So hat das Volksstimmefest 2007 einmal mehr die alte Erkenntnis bestätigt, dass Kommunistinnen und Kommunisten sich nicht scheuen, zuzupacken. Und dass das gemeinsame Diskutieren und Handeln die Stärken unserer Partei sind, an welche wir uns immer wieder erinnern sollen, mag zwar trivial klingen, nichtsdestotrotz bleibt diese Erkenntnis aber richtig und wichtig.

Summa summarum lässt sich festhalten: Es war ein sehr gelungenes Fest - und so





liegt die Latte für die nächsten Feste sehr hoch. Doch gemeinsam werden wir auch die kommenden Herausforderungen bewältigen.

PS.: Das erste Volksstimmefest fand bereits im Jahre 1946 im Praterstadion statt. Die Palette jener KünstlerInnen, die seit 1946 am Volksstimmefest aufgetreten sind, reicht vom tschechischen Schlagerstar Karel Gott bis zu Attwenger, von Severin Groebner oder Blues Pumpm bis zu den Song-Contest Revoluzzern „Die Schmetterlinge“. Gigs der Wiener Tschuschenkapelle, von Parole Trixi oder Harri Stojka waren genauso zu bestaunen, wie Auftritte von Oleg Popow, des berühmtesten Clowns der Welt, oder des großen Jazzmusikers Abdullah Ibrahim. Am Sportfest waren viele Jahre lang Welt- und

Europameister verschiedener Disziplinen zu bewundern und über lange Jahre war auch ein pompöses Feuerwerk Bestandteil des Festes. Die finanziellen Probleme und neue Gegebenheiten erforderten eine Re-dimensionierung des Festes. Apropos Geld: Alljährlich finden intensive Verhandlungen mit dem Wiener Rathaus statt – doch der finanzielle Zuschuss von Seiten der Gemeinde ist und bleibt lächerlich. 2005 z.B. wurden das Donauinselfest (SPÖ) und das Stadtfest (ÖVP) von der Gemeinde Wien mit insgesamt 1,8 Mio. Euro aus Steuergeldern subventioniert. Das Volksstimmefest hingegen wurden mit einem Betrag von einigen Tausend Euro abgespeist.





## Aus Zweifel wurde Motivation

Im Dezember 2005 beschloss der Tiroler Landtag das neue Tiroler Grundsicherungsgesetz (TGSG), es löste mit 1. März 2006 das Tiroler Sozialhilfegesetz ab. Positiv im neuen Gesetz war, dass die Behörde nicht erst bei Antragstellung verpflichtet wurde aktiv zu werden, sondern sobald sie über einen Notstand erfährt.

Negativum des Gesetzes, das Land Tirol sieht soziale Hilfsleistungen als eine Art Überbrückungskredit an. Die Regressbestimmungen regeln, dass – mit wenigen Ausnahmen – Leistungen aus dem TGSG wieder zurückbezahlt werden müssen. Angehörige ersten Grades (Kinder, Eltern und PartnerIn) werden gesetzlich zu Zwangsbürgschaft verdonnert. Bei Leistungen für Pflegeaufenthalte wird das Vermögen (Eigentumswohnung, Haus, etc.) bis auf 4000 Euro herangezogen.

Wir, die KollegInnen des GLB und die GenossInnen der KPÖ waren einig, dagegen muss man aktiv werden! Uneinigkeit herrschte über die Aktionsform. Gezielte Presseaktionen, eine Unterschriftenaktion oder ein Tiroler Volksbegehren standen zur Debatte. Für die Einleitung des Volksbegehren sind rechtlich 750 Unterstützungserklärungen innerhalb eines Jahres – natürlich erschwerend am Gemeindeamt zu leisten – notwendig.

Zweifel wurden in der KPÖ und in der Landesleitung laut, ob wir überhaupt die Kraft und auch die Ansprechpersonen haben um in Tirol 750 Unterstützungsunterschriften zu sammeln. Nach eingehender Diskussion haben wir uns entschlossen, das Einleitungsverfahren zu wagen und im Dezember dieses Jahres über den Unterschriftenstand Bilanz zu ziehen, ob die Weiterführung der Initiative Sinn mache.

Auch in der (linken) Öffentlichkeit stieß unsere Initiative auf geteilte Meinung. Kritik kam von SOAL und linke.cc. Inhaltlich gaben sie uns recht, kritisierten aber, dass KPÖ und GLB im Alleingang das Volksbegehren gestartet haben. Anders die Grünen, sie luden uns zu einer Vorstandssitzung und unterstützen in der Zwischenzeit das Volksbegehren. So auch der Verein „imzoom.info“, die Österreichische BürgerInneninitiative „Daheim statt Heim“ und vereinzelt auch SPÖ-FunktionärInnen.

Im Übrigen haben wir die Aufbringung der Unterstützungsunterschriften nicht dem Zufall überlassen. Wie bei Wahlen stehen wir vor den Gemeindeämtern und sammeln. Die oben erwähnte Dezember-Bilanz hat sich damit erübrigt, zurzeit (November 2007) haben wir mit zigtausend Menschen geredet und bereits 600 Unterstützungserklärungen gesammelt. Nicht nur in der Stadt Innsbruck, auch in den Bezirken Innsbruck Land, Schwaz, Kufstein und Imst. Wir sind dadurch motiviert und wollen auch noch Landeck, Reutte und Kufstein anfahren. Wir haben aus Wien von zwei Genossen tatkräftige Unterstützung bekommen, die auf eigene Kosten fünf Tage nach Tirol angereist sind und uns tatkräftig beim Sammeln der Unterschriften geholfen haben. Dank für diese solidarische Unterstützung.

Insgesamt hat uns die Aktion einiges gezeigt: Auch im kleinen Tirol kann es eine kleine politische Kraft wie die KPÖ und der GLB schaffen, politisch eine in der Öffentlichkeit wahrnehmbare Rolle zu spielen! Viele GenossInnen waren am Anfang skeptisch und sind heute motiviert. Infostände beispielsweise werden heute von AktivistInnen geplant und durchgeführt. Es lohnt sich, aktiv zu werden. Kontakt: [kpoe@imzoom.info](mailto:kpoe@imzoom.info)





## Für den Erhalt von Frauenorten und feministischen Medien

Für Frauen ist Politik oft nur als Spiel von Männern erfahrbar, in dem Männer im Wesentlichen die von anderen Männern geschaffenen Zustände kritisieren und bekämpfen. Sowohl die Inhalte als auch die Formen, innerhalb derer Politik stattfindet – das trifft auch auf linke Politik zu – werden von Frauen oft als entfremdend erlebt, weil sie darin nicht vorkommen. Entfremdung bedeutet, das Gefühl haben, dass es nicht um sie, um ihre Belange, geht. Weibliche Lebenszusammenhänge mit der für sie charakteristischen Mehrfachbelastung erschweren zudem den Zugang für Frauen zu politischer Aktivität. Sie bringen es mit sich, dass Frauen vor allem weniger Zeit haben, sich mit Politik auseinander zu setzen, sich zu engagieren. Daher bedarf es der Schaffung eigener frauenspezifischer Möglichkeiten und Zugänge zu Politik.

Traditionellerweise sind politische Kontexte heterosexistisch strukturierte, d.h., Männer und Frauen arbeiten darinnen zusammen, meistens mehr Männer als Frauen, nach Spielregeln und Umgangsformen, die Männern entgegenkommen. Die Bezüglichkeit von Frauen aufeinander wird durch die Inszenierungen von Männern unterbunden und gestört.

Solange diese Verhältnisse noch existieren, ist die Kategorie Frau als politikwirksame nicht obsolet, sind Frauenselbstorganisation, -strukturen, -orte, -medien usw. sinnvoll und notwendig. Sie ermöglichen Frauen ein Zu-sich-Kommen, einen Selbst-Bewusstwerdungsprozess. Der kritische Blick von Frauen auf die Gesellschaft ist aufgrund der Verortung von Frauen und ihrer gesellschaftlichen Erfahrungen ein spezifischer. Er ist nicht deckungsgleich mit jenem von Männern. Die von linken Männern entwickelten und praktizier-

ten Strategien und Theorien zur Befreiung, die ganze männliche Widerstandstradition und -kultur sind für Frauen nur bedingt brauchbar. Sie befreien Frauen höchstens im Bereich ihres Lohnabhängigendaseins, nicht jedoch als Geschlechtswesen.

Feministische Medien dienen der Verständigung von Frauen untereinander und machen Frauen als Denkende und Handelnde sichtbar. Sie sind somit ein wesentlicher Beitrag zu einer politischen Kultur von und für Frauen.

Als Kommunistinnen arbeiten wir daran, Frauen und ihren Lebenszusammenhängen sowohl innerhalb der KPÖ als auch außerhalb Platz zu geben. Unserem Verständnis nach ist Politik, die nicht feministisch ist, nicht links und eine Gesellschaftsveränderung ohne Beteiligung von Frauen nicht machbar. Daher ist auch unsere Mitarbeit in feministischen Projekten und unsere Zusammenarbeit mit Feministinnen zu vielen für Frauen relevanten Fragen eine Selbstverständlichkeit.

All dies eröffnet ein weites Betätigungsfeld für Frauen, die sich als links und feministisch verstehen. In der ARGE Feminismus besprechen, koordinieren und organisieren wir unser frauenpolitisches Engagement auf allen Ebenen. Es geht dabei um Fragen wie: In welche Initiativen bringen wir uns ein? Welches sind unsere Standpunkte zu diversen gesellschaftspolitischen Themen? Wie kann Frauen der Zugang zu Politik ermöglicht bzw. erleichtert werden? u.v.a.m. In wöchentlich aktuellen Beiträgen kommentieren wir zudem das Geschehen in Politik und Gesellschaft aus Frauensicht auf der Website der KPÖ-Frauen.

Kontakt zur ARGE Feminismus:  
[e.susa@chello.at](mailto:e.susa@chello.at)





## Wir leben prekär... ...und wissen es oft gar nicht.

Vorstellung der Internetseite und des Projekts [ich-lebe-prekaer.at](http://ich-lebe-prekaer.at)

Ziel dieser Internetseite ist es den Begriff „prekär“ für Betroffene greifbar zu machen und damit politisch zu definieren. Wir haben dafür den „Umweg“ über persönliche Geschichten gewählt, weil so die gesellschaftliche Breite der Betroffenheit anschaulich aufgezeigt werden kann.

Ein Schwerpunkt unserer Arbeit liegt aber darauf, Menschen aus der Isolation zu holen und dem Eindruck, dass es unsere jeweils eigene Schuld sei oder die Nachbarin nicht betroffen wäre gegenzusteuern. Wir wollen mobilisieren, gemeinsam ein Netzwerk und die Möglichkeit sich untereinander auszutauschen schaffen.

Zu Beginn eine Begriffs-Definition. Immer mehr Menschen leben unter prekären Bedingungen und wissen es oft gar nicht. Besonders betroffen sind wie so oft Frauen - bedingt durch ihre gesellschaftliche und familiäre Position und ihre Stellung am Arbeitsmarkt.

Das Wort prekär kommt aus dem lat.-fr. und bedeutet: Unsicher, durch Bitten erlangen, widerruflich, schwierig.

Prekarisierung bezeichnet die Zunahme von Arbeitsplätzen mit geringer Arbeitsplatzsicherheit, niedrigem Lohn, Teilzeitbeschäftigungen, befristeten Verträgen - damit gehen meist auch geringere Aufstiegschancen einher - und mangelndem Kündigungsschutz. Also den Prozess der Zunahme prekärer Arbeitsbeziehungen in der Erwerbsarbeit. Das Ergebnis ist ein Verunsicherungsprozess, der auch als Prekarität bezeichnet wird.

Die Löhne, Einkünfte aus prekären Arbeitsbeziehungen sichern den Lebensunterhalt der Arbeitnehmerin/des Arbeitnehmers und eventuell ihrer/seiner Angehörigen nicht.



### Von der Ich-AG zur Wir-Bande!

Eine persönliche Geschichte von unserer website:

Ich lebe prekär. Seit meine beiden Kinder auf der Welt sind, lebe ich prekär. Und das ist schon eine ziemlich lange Zeit. Meine ältere Tochter wird 16 Jahre alt, meine jüngere ist gerade elf geworden.

Als gelernte Zahnarztassistentin mit geringem Verdienst sah ich nach Zwischenstationen im Gastgewerbe in der Grafikbranche eine Chance, die ich bei einer Zeitschrift im Hochglanzformat ergriffen habe. Dort habe ich ganz gut verdient. Doch bald darauf wurde ich schwanger. Die Hoffnung auf Vater-Mutter-Kind zerschlug sich noch während der Schwangerschaft, ich war Alleinerzieherin.

Nach zweijähriger Karenzzeit fing ich





wieder im Grafikgewerbe an, doch nach der Behaltefrist, in welcher meine Mutter meine Tochter versorgte, wurde mir gekündigt. Ich war eine Zeitlang arbeitslos, machte AMS-Kurse, versorgte mein Kind, bis ich wieder schwanger wurde. Auch der Vater meines zweiten Kindes erwies sich als familienunfähig, dabei hatte ich immer von vielen Kindern geträumt.

Für mein erstes Kind musste ich gerichtlich um Unterhaltsvorschuss ansuchen, der Vater meines zweiten Kindes zahlt seit einiger Zeit überhaupt keine Alimente, also wird mir der Canossagang aufs Gericht wieder nicht erspart bleiben.

Ich brachte also meine beiden Kinder mit Hilfe meiner Eltern allein durch und fing nach Auslaufen der Karenzzeit und etlichen AMS-Wiedereinstiegskursen bei einem Non-profit-Betrieb an.

Dort bin ich seit mehr als fünf Jahren für alles zuständig, was in so einem Verein zu machen ist: Büro-, Raum- und Seminarorganisation, EDV-Verwaltung, Mailaussendungen, Kasse, Klientenkontakt, Programmheftgestaltung und Aussendungen - eine Arbeit für drei und eine Bezahlung für eine halbe Arbeitskraft: Ich bekomme 8,23 Euro in der Stunde und muss mich im Sommer drei Monate arbeitslos melden. Das wird nicht für die Pension gerechnet.

Mein „Vorteil“ ist, dass ich bei einer offiziellen Arbeitszeit von 20 Wochenstunden in den Ferien nicht arbeiten muss, was mir bei der Kinderbetreuung sehr entgegen kommt. De facto arbeite ich aber sehr viel mehr, auch an den Wochenenden, wenn Seminare sind. Für die Mehrarbeit werden mir dann 9 Euro pro Stunde gezahlt.

Ich lebe „offiziell“ von rund 725 Euro im Monat plus Familienbeihilfe, spärlichen, das heißt 196-Euro-Alimenten - für meine zweite Tochter zahlt der Vater seit fast einem Jahr nichts - und einem mager entlohnten Nebenjob als Grafikerin. Einmal im Jahr bekomme ich zusätzlich einen Monatslohn als Weihnachts- und Urlaubsgeld.

Ohne die Hilfe meiner Eltern könnten meine Kinder keinen Schikurs, keine Schulandwoche oder keinen Urlaub machen, ich könnte das Klavier für meine kleine Tochter nicht zahlen, auch nicht den Computer für meine Ältere, die in der Schule ein Internetprojekt laufen hat, oder jetzt die 500 Euro Gas- und Stromnachzahlung oder die Reparatur für die Therme.

Ich könnte wahrscheinlich nicht einmal die ganzen Extraausgaben der Gymnasien finanzieren, welche meine Töchter besuchen, damit sie einmal bessere Berufschancen haben als ich.

Ich lebe prekär, ich lebe am Limit - finanziell, zeitlich, emotional. Ich habe das Gefühl, mir bleibt die Luft weg, ich schaffe es nicht. Das ist der Alltag von Alleinerzieherinnen: sich durchwurschteln, sich anstellen um Ermäßigungen, sich genießen für das Wenige, das man den Kindern geben kann - nicht nur finanziell, sondern auch vom Zeitnotwendigen her.

Um mein Leben zu finanzieren, müsste ich noch einen dritten Job annehmen - vielleicht Schneeschaukeln? Die Stadt Wien zahlt nachts von 22 bis 6 Uhr 5,73 und tags von 7 bis 15 Uhr 5,12 Euro in der Stunde.

[www.ich-lebe-prekaer.at](http://www.ich-lebe-prekaer.at)





Eine völlig neue Bedeutung hat der Begriff Post-Kommunismus am Postamt 1230 Wien-Liesing erhalten, seit dort 1998 Robert Hobek erstmals ein Mandat erreichte. Hielt die FSG damals noch bei vier Mandaten, so hat sie sich seither gründlich ins Out manövriert. Bei der letzten PV-Wahl vom 13. bis 15. November 2006 erreichte Hobeks GLB-Liste nämlich mit 144 Stimmen bzw. 81,4 Prozent alle fünf zu vergebenden Mandate, die FSG ging mit 27 Stimmen bzw. 15,3 Prozent leer aus und ist erstmals nicht mehr im Vertrauenspersonenausschuss vertreten.

Die Beschäftigten am Postamt 1230 Wien-Liesing haben mit diesem Ergebnis den unermüdlichen Einsatz Hobeks für ihre Interessen honoriert. Und auch mit einer Klage der Post AG gegen Hobek wegen angeblicher Geschäftsschädigung konnte das Vertrauen seiner KollegInnen für das Engagement Hobeks als Interessenvertreter nicht erschüttert werden.

Die PostlerInnen haben schwere Jahre hinter (und so wie es aussieht) auch noch vor sich. Seit den 90er Jahren ist in der Post AG praktisch kein Stein auf dem anderen geblieben und die Postbediensteten wurden durch ein „Tal der Tränen“ getrieben.

Schon 1996 wurde von der SPÖ-ÖVP-Regierung mit Zustimmung der FSG in Gewerkschaft und Personalvertretung die Post aus dem Bundesbudget ausgegliedert. Damit wurde den EU-Liberalisierungsaufgaben Rechnung getragen und der Weg zur Privatisierung eingeleitet. Es folgte die Trennung in „Gelbe Post“, Telekom, PSK und Postbus. Die Telekom wurde durch einen Börsengang schon frühzeitig teilprivatisiert. Der „Goldesel“ PSK wurde von der BAWAG übernommen,

die Postbus AG den ÖBB übertragen. Der verbleibenden Post AG wurde eine Roskur verordnet: Rund tausend Postämter wurden zugesperrt, rund 10.000 Arbeitsplätze in wenigen Jahren vernichtet. Für die verbleibenden Beschäftigten bedeutet das immer mehr Leistungsdruck, höheres Arbeitstempo und größere Zustellrayone.

Nachdem ein erster Anlauf zur Privatisierung der Post unter Regierungsverantwortung der SPÖ im Jahre 1998 scheiterte, wurde 2006 mit dem Börsengang „grünes Licht“ für die Privatisierung gegeben. Die starken Töne von Streik des GPF-Vorsitzenden Gerhard Fritz verhallten wirkungslos. Nur GLB-Postsprecher Robert Hobek wies immer wieder auf die politischen Hintergründe der Misere für die Postbediensteten hin.

Vorausseilend vollzog die Regierung die EU-Liberalisierungsmaßnahmen bei der Paket- und Briefpost. Mit der Übernahme von Feibra wurde Konkurrenz im eigenen Haus geschaffen, der Paketdienst wurde privaten Speditionen überlassen. Wohin die Entwicklung führt, wurde jetzt neuerlich mit dem Verlust des Quelle-Paketgeschäfts an den Konkurrenten Hermes deutlich: 700 PostlerInnen droht die Kündigung.

In der 2005 an den Nationalrat gerichteten Petition des GLB „Für die Erhaltung der Post im öffentlichen Eigentum“ heißt es wörtlich: „Die Post ist eine elementare Einrichtung einer funktionierenden Infrastruktur und darf daher nicht privatisiert werden, egal ob durch einen Verkauf oder einen Börsengang. Die Post muss im öffentlichen Eigentum erhalten bleiben. Ein verfassungsmäßiger Schutz des öffentlichen Eigentums ist notwendig.“





## Konsequent gegen Rechtsextremismus

Ein Fixpunkt der politischen Arbeit der KPÖ in Oberösterreich ist seit Jahren die Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus. Neben der Mitarbeit im OÖ Netzwerk gegen Rassismus und Rechtsextremismus (dem bereits 47 Gruppierungen angehören) hat die KPÖ auch laufend eigene Initiativen gesetzt, wobei sich eine enge Zusammenarbeit mit dem Infoladen Wels entwickelt hat.

Herausragend dabei war die Anfang 2006 erfolgte Enthüllung über einen Auftritt von Mitgliedern des Fanclubs „Braunauer Bulldogs“, einem Fanclub des Landesligavereins FC Braunau, mit Hitlergruß im KZ Mauthausen. Die brisante Kombination Braunau (Geburtsstadt Hitlers) und Mauthausen (Konzentrationslager) sorgte für einen enormen Wirbel, das Medienecho war international, sogar Zeitungen in den USA und Israel berichteten. Die rasch ausgeforschten Täter wurden erst im November 2006 vor Gericht gestellt und von der Justiz auffallend milde behandelt.

Die Gerichte spielen überhaupt eine sehr seltsame Rolle in der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus: Weil KPÖ und Infoladen in einer Aussendung die politischen Umtriebe des Welser Rechtsextremisten Ludwig Reinthaler im Zusammenhang mit einer von ihm als Strohhalm des neonazistischen Bundes Freier Jugend (BFJ) für den 10. Dezember 2005 in Ried im Innkreis angemeldeten, dann aber behördlich wegen Verdacht auf NS-Widerbetätigung untersagten Demonstration aufgezeigt hatte, klagte Reinthaler die KPÖ und später auch den Infoladen.

Obwohl sechs Zeugen aussagten, dass sie wiederholt und über einen längeren Zeit-



raum festgestellt hatten, dass auf dem von Reinthaler von 1994 bis 2001 organisierten „Erlebnisflohmärkten“ in der Welser Messehalle NS-Relikte angeboten wurden, gab Richter Bittmann dem Kläger recht und verurteilte die KPÖ zu einer Entschädigung. Ein Berufungsverfahren läuft. Bezeichnend dabei ist, dass Vertreter des Verfassungsschutzes nach dem Urteil bestürzt erklärten, dass ihre Ermittlungen durch solche Entscheidungen ad absurdum geführt werden.

Mehrere Aktionen wurden von Infoladen und KPÖ auch gegen Bestrebungen mit rechtsextremer Musik Einfluss zu erlangen gesetzt, so etwa mit einer Anzeige wegen des Verdachtes der Wiederbetätigung nach dem NS-Verbotsgesetz gegen den Musikverband „Irdenwerk“ der Tonträger von Musikgruppen, die rechtsextreme und neonazistische Aussagen und Lieder vertrieben hat.





## Die Schere muss geschlossen werden!

Mit ihren Scherentexten und Scherenaktionen beleben die KPÖ-Frauen Wahlkämpfe und Straßenaktionen. Und eines Tages war selbst der Platz vor dem Parlament mit vielen bunten Kreide-Schere verziert.....

### Schnippschnapp

Baumschere, Bildungsschere, Blechschere, Bügelschere, Friseurschere, Gartenschere, Geflügelschere, Haushaltschere, Heckenschere, In- und AusländerInnenschere, Lohnschere, Nagelschere, Papierschere, Pensionsschere, Rebschere, Sattlerschere, Schere im eigenen Kopf, Tapetenschere, Vermögensschere, Zackschere, Zwillingsschere

### Die Schere muss geschlossen werden!

Laut Weltreichumsbericht ist die Zahl der Dollar-MillionärInnen in Österreich von 2004 auf 2005 von 63.000 auf 67.700, also um 7,5 Prozent gewachsen. 0,8 Prozent der österreichischen Bevölkerung besitzen ein Drittel des Vermögens, weitere neun Prozent besitzen das zweite Drittel, während sich die 90 Prozent das restliche Drittel teilen müssen. Der Reichtum weniger und die Gewinne der großen Konzerne wachsen. Gleichzeitig wird uns erklärt, dass Soziales, Gesundheit, Bildung und Pensionen nicht mehr finanzierbar sind.

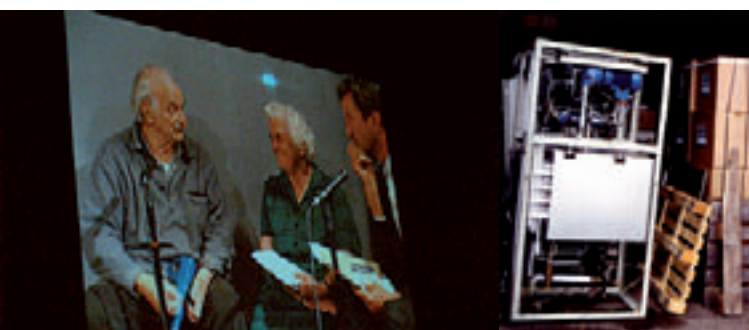
Umverteilung von oben nach unten! Vermögen von mehr als einer Million Euro mit einer Vermögensteuer von fünf Prozent besteuern und den Ertrag dieser Steuer für Maßnahmen zur Armutsbekämpfung und Existenzsicherung zu verwenden! Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens!

Bereits im Bildungssystem werden Kinder und Jugendliche auf ihre zukünftigen Plätze

verwiesen. Noch immer besuchen überproportional viele Mädchen Schulen mit typisch weiblichem Ausbildungsprofil (mit Kochen als Pflichtgegenstand), während überproportional viele Burschen sich in Schulen mit technischem Schwerpunkt finden. Kinder mit migrantischem Hintergrund erhalten in Österreich nicht die ihnen zukommenden Chancen, sondern werden in Haupt- und Sonderschulen abgeschoben. Frauen sind im Bildungswesen als Kindergärtnerinnen und Lehrerinnen anzutreffen. Die prestigeträchtigeren und besser bezahlten Posten von Universitätsprofessoren bekleiden hingegen zu über 90% noch immer Männer. Die Einführung der Studiengebühren hat nachweislich mehr negative Auswirkungen für Frauen: Familien, die es sich nicht leisten können, alle ihre Kinder studieren zu lassen, sind eher bereit, ihr Geld in ihre Söhne als in ihre Töchter zu investieren.

Aufhebung des zweigleisigen Bildungssystems, Gesamtschule bis zum 16. Lebensjahr! Gezielte Frauenförderung an Hochschulen und Universitäten! Freier Zugang zu allen Ebenen des Bildungsbereichs! Abschaffung von staatlichen Förderungen für teure Privatschulen und Abschaffung der Studiengebühren! Zweisprachiger Unterricht für Kinder mit migrantischem Hintergrund und österreichische Kinder, die dies wünschen!

Frauen verdienen überall weniger als Männer. In Österreich ist es im EU-Vergleich besonders schlimm. Nur in Großbritannien und Irland ist die Einkommensschere noch größer als bei uns. Dabei geht es nicht gerade um Kleinigkeiten! Die Einkommensschere zwischen Männern und Frauen beträgt bei gleicher Ausbildung und Arbeitszeit ca. 30



Prozent. Obwohl Frauen zusätzlich den mit Abstand größten Teil der unbezahlten familiären Arbeiten leisten, wird ihnen auch in der Erwerbsarbeit ein Drittel des Lohnes vorenthalten. Auch im öffentlichen Dienst gibt es – trotz formaler Gleichstellung – krasse Unterschiede in den Einstufungen und Aufstiegschancen. Dazu kommt, dass – zum Beispiel 2005 – zwei von fünf erwerbstätigen Frauen, oder 39 Prozent teilzeitbeschäftigt waren. Bei den Männern betrug die Teilzeitquote nur 6 Prozent.

Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit! Gesetzlicher Mindestlohn von 1000 Euro sofort! Sozialversicherung für alle Beschäftigungsverhältnisse!

Die bestehende Einkommensschere und der Verlust von Versicherungszeiten wegen familiärer Betreuungspflichten bewirken, dass Frauen um ca. 45 Prozent weniger Pension bekommen als Männer. Die Verschlechterungen im Pensionsrecht und die Ausweitung prekärer, atypischer Arbeitsverhältnisse, die von der rechtskonservativen Regierung Österreichs vorangetrieben wurde, bedeutet Altersarmut für Frauen. 80 Prozent der geringfügig Beschäftigten sind Frauen, jede fünfte ist armutsgefährdet. Von 1996 bis 2004 hat die Zahl der geringfügig Beschäftigten um 42 Prozent zugenommen. Das hat Auswirkungen auf die Pension. Von den 228.000 AusgleichszulagenbezieherInnen sind 165.000 weiblich. Das heißt, Alleinstehende müssen mit 690 € und im gemeinsamen Haushalt lebende Personen mit 1.055,99 € monatlich auskommen.

Rücknahme aller frauenfeindlichen Verschlechterungen im Pensionsrecht! Anhe-

bung der Frauenpensionen! Einführung einer gesetzlichen Mindestpension! Berücksichtigung weiblicher Erwerbsbiographien bei der Pensionsberechnung!

Das Recht auf existenzsichernde Arbeit, Bildung und soziale Sicherheit muss gewährleistet werden für alle Menschen, die in Österreich leben. Kein Mensch ist illegal! Es ist inakzeptabel, dass 10% der in Österreich lebenden Menschen nicht die gleichen sozialen und politischen Rechte haben!

Rücknahme des Fremdenengesetzes, Ersetzung durch ein Einwanderungsgesetz, das sich an den Menschenrechten orientiert!

Wahlrecht für alle, EinwohnerInnen – statt Staatsbürgerschaftsrechte! Gleicher Zugang zum Arbeitsmarkt und zur sozialen Grundversicherung für alle!

Auch die in unseren Köpfen, die Frauen zweifeln lässt, ob wir für dieses oder jenes qualifiziert genug sind. Die Frauen glauben lässt, wir erhielten einen gerechten Lohn für unsere Leistungen. Die Frauen unsicher macht, unser Begehren offensiv zu vertreten und anderen den Vortritt lässt. Die den selbstherrlichen Reden in der Männerwelt immer noch ein offenes Ohr schenkt und die Zurichtungen an unseren Körper zulässt.

Verdoppelung der öffentlichen Förderungen für autonome Frauenberatungseinrichtungen!

Einrichtung sozialer FrauenZentren für arbeitslose und prekär beschäftigte Frauen!

Für ein Frauenministerium, das diesen Namen verdient!

**Die Schere muss geschlossen werden!**





Vor wenigen Wochen demonstrierte die KPÖ Salzburg mit einer symbolischen Hausbesetzung leerstehender Häuser in der Fanny von Lehnert-Straße gegen die traurige Realität: In Salzburg sind Wohnungen wieder zum Spekulationsobjekt Nummer 1 geworden – auch für die öffentliche Hand. In diesem Fall sind es die ÖBB, die auch nach ihrer Privatisierung zu 100% im Eigentum der Republik Österreich stehen. Unsere Vermutung, dass die Sanierung der Häuser vor einem Jahr unterbrochen wurde, um eine erwartete Wertsteigerung (durch die Neuplanung des Bahnhofsviertels) abzuwarten und die Objekte dann möglichst teuer zu verhöckern, wurde anschließend sogar noch von einem überrumpelten ÖBB-Sprecher bestätigt.

So kann und darf Wohnungspolitik nicht betrieben werden. Junge Familien, alleinerziehende Mütter, die oft unter prekärsten Umständen jeden Euro umdrehen müssen, alte Menschen mit viel zu niedrigen Pensionen, aber auch immer mehr „NormalverdienerInnen“ können sich die Salzburger Wohnungen einfach nicht mehr leisten. Jetzt rächt sich der jahrzehntelange tiefe Schlaf der Stadtpolitik. Obwohl die Bedarfszahlen bereits im letzten Jahrzehnt völlig richtig eingeschätzt wurden, sank und sinkt der Mietwohnungsbau in der Mozartstadt von Jahr zu Jahr.

Auf diese Fahrlässigkeit hat die KPÖ in den letzten Jahren wieder und wieder hingewiesen. Ohne Erfolg. Inzwischen schwenkt aber sogar der sozialdemokratische Landesrat Blachfellner auf die KPÖ-Argumente ein: So stellte er unlängst fest, dass die Wohnungsnot in der Stadt Salzburg nach wie vor am ärgsten ist. 4.000 Menschen warten auf eine Mietwohnung. 1.500 davon sind „dringend“.

Je weniger Wohnungen gebaut werden, desto höher die Mieten bei den bestehenden Objekten. In Salzburg liegen diese im Durchschnitt um 8% bis 16% höher als in den anderen Landeshauptstädten. Rechnet man die bei uns um ein Viertel höheren Betriebskosten im Vergleich zum Bundesdurchschnitt hinzu, dann kann man auch von der Stadt mit den höchsten Wohnkosten sprechen.

Die Situation kann sich nur durch massiven Druck auf die herrschenden Gemeinderatsfraktionen ändern. Deshalb sammelt die KPÖ derzeit Unterschriften für die Einleitung einer Bürgerbefragung. AM 3. Dezember 2007 werden die gesammelten Unterschriften übergeben – mehr als 2.400 Menschen unterstützen unser Anliegen.

### **BürgerInnenbegehren in Salzburg!**

Wir beantragen die Durchführung eines BürgerInnenbegehrens ...

Der Gemeinderat der Stadt Salzburg soll beschließen:

1) Die Stadt Salzburg ergreift die nötigen Schritte zur Aufnahme eines kommunalen Wohnbaus mit dem Ziel pro Jahr 1.000 Wohnungen zu errichten.

Die Stadt Salzburg wird Mittel von geplanten Großprojekten abziehen und zugunsten eines kommunalen Wohnbauprogrammes einsetzen.

2) Der Gemeinderat der Stadt Salzburg wird alle nötigen Initiativen ergreifen, um durch eine verfassungskonforme Neufassung der Salzburger Vertragsraumordnung (Salzburger Raumordnungsgesetz 1992) bei Wohnprojekten über 10 Wohneinheiten mindestens ein Drittel der Wohnungen für sozialen Mietwohnungsbau mit Einweisungsrecht der Stadt zu garantieren.





## 7. Mai 2005 - 60 Jahre Befreiung - FEST

im KosmosTheater, Wien

### 60 Jahre Befreiung - Ein zentrales Thema und Datum der KPÖ. Niemals vergessen!

Wie lässt sich der Widerstand gegen den Nationalsozialismus feiern, ohne ihn zu musealisieren? Wie können wir heute den KämpferInnen gegen die nationalsozialistische Barbarei unseren Respekt bezeugen und gleichzeitig von ihnen lernen und das dabei Gelernte in unserer eigenen politischen Praxis aufheben? Das waren die Fragen, vor denen die KPÖ und die OrganisatorInnen des „Fests für und mit WiderstandskämpferInnen“ im Theater Kosmos in Wien 2005 standen. Rund 300 BesucherInnen konnten sich am Vorabend des 60. Jahrestags der Befreiung jedenfalls davon überzeugen, dass es möglich ist, einen würdigen Rahmen für eine Ehrung mit einem lebendigen Setting, das den Austausch von gelebter Erfahrung – historisch wie gegenwärtig – befördert, zu verbinden. Performances, Lesungen, Diskussionen, Film und Musik \*) bildeten an diesem Abend den Rahmen, in dem sich KünstlerInnen und AktivistInnen „dem Widerstand“ und vor allem der Frage „Es bleibt das?“ (so der Titel der Veranstaltung) näherten.

Der historische Widerstand gegen den Nationalsozialismus wurde schließlich in beeindruckenden Gesprächen lebendig, die Marlene Streeruwitz und Hubsli Kramar mit Janko Messner, Margit Kain, Anna Zablatnik, Irma Schwager, Willy Kroupa, Richard Wadani und Fritz Propst führten. Dabei erfuhren die ZuseherInnen berührende Details aus dem Lebens- und Widerstandsweg der interviewten GenossInnen, bekamen darüberhinaus aber auch allerlei praktische Kenntnisse über die Organisation von Widerstand vermittelt.

Angesichts der Ignoranz, ja Ausgrenzung, die die KämpferInnen gegen den Nationalsozialismus von Seiten großer Teile der Bevölkerung, vor allem aber vom offiziellen Österreich nach 1945 erfahren mussten, beeindruckten vor allem der immer noch ungebrochene Widerstandsgeist der GenossInnen, denen offenbar auch nach Jahrzehnten des Kampfes Resignation nach wie vor ein Fremdwort zu sein scheint.

Für die jüngeren GenossInnen im zahlreichen erschienen Publikum waren diese Gespräche Geschichtsunterricht, wie er lebendiger und anregender wohl kaum vermittelt werden könnte. Ein von der künstlerischen Leitung (Eva Brenner/Nicolas Dabelstein) ebenso berührend wie lehrreich konzipierter Abend klang schließlich in einem gemeinsamen Festessen, langen Gesprächen und gemeinsamen Feiern im Café 7Stern aus.

\*) Lore Heuermann/Zeichenperformance, Claudia Fürnholzer/Tanz, Günther Zechberger+Elisabeth Nicolussi+Mato Santek+Hanno Winder/Musik, Kurt Palm/Text + Film, Erwin Riess/Text, Elisabeth Holzinger/Film, Karandila/Musik, Sylvia Köchl+Melina Klaus+Katharina Morawek/Text, Birgit C. Krammer+Maren Rahman+Uta Wagner/Leseperformance, Andreas Pamperl/Raumgestaltung, Albert Haderer/Technik, Gianna Zocco/Isabel Öhlinger, Hubsli Kramar/Text, Marlene Streeruwitz/Text ...

Fotos und Beschreibung der Personen im archivbereich von [www.kpoe.at](http://www.kpoe.at).





## Café KPÖ

Bekenntnisse des Redaktionsknechtes Alois Franz

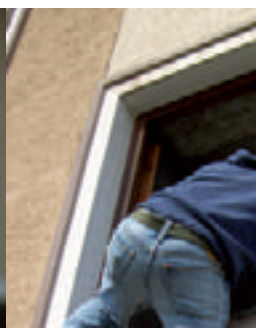
**I.** Ich schreibe es ungern, aber ich schreibe es. Das Zeitungsprojekt der oberösterreichischen KPÖ namens Café KPÖ läuft nun schon seit fast vier Jahren. Neunzehn Nummern sind geplant, recherchiert, geschrieben, gestaltet, produziert und verteilt worden. Alles auf der Basis ehrenamtlicher Arbeit. Ich schreibe es deshalb ungern, weil ich die Ansage der KPÖ, nun eine Partei der AktivistInnen zu sein, für einen Euphemismus halte. Eine beschönigende Umschreibung der Tatsache, dass es sich die KPÖ nicht mehr leisten kann, für kontinuierliche, professionell geleistete Arbeit, die über die Tagespolitik hinausgeht, einen entsprechenden Preis zu bezahlen. Und das ist kein Vorzug, sondern ein großer Mangel. Es erinnert an österreichische Landeshauptleute, die alle paar Jahre das Ehrenamt auf die Bühne zerren, ehrenamtlich Arbeitenden in Kultur, Sport und Sozialem einen warmen Händedruck verabreichen, um dann mit umso mehr Verve daranzugehen, das Sozialsystem zu zerstören, die Kulturförderung zu kürzen und den Sport auszuhungern. Viele der RedakteurInnen, AutorInnen leben und arbeiten unter prekären Verhältnissen, andere sind freie AutorInnen die vom Schreiben leben, wieder andere sind Studierende die zwar über etwas mehr Zeit, aber umso weniger Geld verfügen. Wir verlangen viel von ihnen, wenn wir sie um eine kontinuierliche Mitarbeit bitten, und dessen sollten wir uns stets bewusst sein.

**II.** Politik machen bedeutet, aufzuhören für andere zu denken, sagte Klaus Theweleit. Die Redaktion von Café KPÖ fühlt sich dieser Aussage verpflichtet. Nicht deswegen,



Was man nicht selber macht, macht keiner. Café KPÖ hatte den Steyregger Bürgermeister, den rechtsgrünen Josef Buchner mehrmals beauftragt, die Nazi Schmierereien am Bahnhof zu entfernen.

weil das ständig Recht-behalten einfach zu mühsam ist, sondern weil das Café KPÖ als offenes Projekt konzipiert war, und seit der ersten Nummer als solches realisiert wird. Von den etwa 50 AutorInnen die im Café KPÖ geschrieben haben, sind etwa die Hälfte in der KPÖ, die andere Hälfte in anderen linken Szenen oder Organisationen. Das heißt vor allem und für alle Beteiligten, auf Bevormundung, Besserwisserei und Rechthaberei zu verzichten, dafür aber dem Publikum und den KollegInnen zu zeigen, wo man steht und welche Haltung man vertritt. Das ist viel. Und aufzuhören für andere zu denken und zu handeln, bedeutet auch, eigene Belange selber in die Hand zu nehmen. In







Nachdem dieser der Anweisung mehrere Monate nicht nachgekommen ist, musste die Café-KPÖ Redaktion mit Schutzanzügen gegen den Nazi-Dreck selber ausrücken.

diesem Kontext erhält der Slogan von einer Partei der AktivistInnen eine neue Bedeutung, welche Partizipation und Selbstermächtigung meint. Nicht nur auf der Ebene der Zeitungs-Community (jajawohl, eine solche gibt es), sondern das gesamte Leben betreffend. Das ist ein Vorzug, kein Mangel.

Aufhören für andere zu denken meint aber auch, dass wir es unseren LeserInnen nicht ersparen können selber zu denken. „Man muss die versteinerten Verhältnisse dadurch zum Tanzen zwingen, dass man ihnen ihre eigene Melodie vorsingt!“, schrieb Marx. Hier ist vom Singen die Rede und nicht vom Brüllen. Denn angebrüllt werden erleichtert das Denken nicht, sondern blockiert es. Auch das

ist einer jener Schreib-Haltungen, auf die wir uns in der Redaktion geeinigt haben.

**III.** Den Versuch zu unternehmen, einen ironischen, politischen Mythos zu entwickeln, der dem Feminismus, dem Sozialismus und dem Materialismus die Treue hält, forderte einst Donna Harraway in ihrem Cyborg Manifesto. Ironie, Sarkasmus, Subversion sind die journalistischen Mittel, derer sich Café KPÖ bedient. Die Kritik wird nicht in Form von Vorschlägen an die Regierenden vorgetragen, auch wenn es sich um alternative Vorschläge handeln mag. Wir sind keine Alternativ-Regierung, denn das bedeutet immer, sich den herrschenden Paradigmen des Regierens zu unterwerfen. Café KPÖ bezieht freiwillig eine Unten-Position. Das ist der einzige Standpunkt, der eine radikale Kritik zu entwickeln erlaubt, die über eine Beratung der herrschenden Politik hinausgeht. Wir haben uns das von Matti, dem Chauffeur des Gutsbesitzers Puntila, in Brechts Stück abgesehen.

Und diese Position schafft Identifikation, formuliert Codes und erzeugt Orientierungspunkte, somit erst den politischen und medialen Raum, in dem ein Austausch zwischen Blatt-MacherInnen und dem Publikum, aber auch zwischen linken Subkulturen und Szenen möglich wird. Punk-Attitude haben uns Freunde aus der Kulturszene attestiert. Was meint, schieß drauf, verhöhne deine Gegner und lass dir den Kopf nicht verdrehen. Wir fassen das als liebevolles Kompliment auf, und fügen dem, hinzu, wie es Brecht sagte: „Der Kampf ist hart / Doch lichtet sich bereits die Gegenwart / Nur ist nicht überm Berg, wer noch nicht lacht.“





## Der Landstraßer Markt muss bleiben!

Keine Privatisierung öffentlichen Raums!

Der Landstraßer Markt in Wien Mitte ist angeblich nicht mehr wirtschaftlich. Laut SPÖ Wien schreibt die Markthalle 1,4 Mio. Verlust. Sie soll daher geschlossen und der Markt ersatzlos aufgelassen werden. Diese Botschaft ist den betreibenden MarktstandlerInnen Anfang Februar per Brief ins Haus geflattert.

Seit fast zwei Jahrzehnten wird über den Neubau des Bahnhofes Wien Mitte diskutiert.

Noch in diesem Jahr soll der Startschuss für den Baubeginn gegeben werden. Um 350 Millionen Euro entsteht ein Gebäude in das u.a. ein Einkaufszentrum untergebracht wird. Der Investor und Bauträger des Projektes möchte darin einen Shopping-Bereich von 25.000 Quadratmeter verwirklichen. Da ist offensichtlich für einen Markt à la Landstraßer Markthalle kein Platz mehr!

Noch 2004 beschloss die Bezirksvertretung einstimmig – also auch mit den Stimmen der SPÖ, dass die Landstraßer Markthalle als solche im Projekt Wien Mitte Platz haben soll. Projektausschreibung und Gewinnerprojekt haben diesem Beschluss entsprochen.

Seit Jahren war die notwendige Sanierung der Markthalle mit Hinweis auf den Neubau des Bahnhofes Wien Mitte verschleppt worden. Jetzt wird behauptet, dass eine Renovierung sich nicht rechnen und den SteuerzahlerInnen nicht zu zumuten sei. Die Kosten einer Modernisierung betragen laut unseren Informationen unglaubliche zehn Millionen Euro. (also ca. die Hälfte von dem was eine Autobahnabfahrt kostet). Weiters wird argumentiert, dass die Miete, die die Stadt Wien für die Halle zahle, sehr hoch ist. Kann sich die Stadt die Miete nicht mehr leisten? Es liegt eher daran, dass die Wien Mitte Bauträgerin, BAI mehr Fläche für eine Shoppingmeile will. Die

Entscheidung 5000 Quadratmeter an die BAI zu verkaufen hat weit reichende Folgen. Die Politik gibt einmal mehr einen Raum, in dem sie noch die politische Kontrolle und Entscheidungsgewalt hat, aus der Hand.

Für viele Menschen in Wien und der weiten Umgebung ist der Landstraßer Markt ein attraktiver und wichtiger Ort für den täglichen Einkauf. Er ist ein Ort, wo soziale und interkulturelle Integration gelebt wird. Am Markt treffen einander unterschiedliche soziale Schichten, barrierefrei ohne Kontrolle durch Kameras oder einer Security, wie es in Einkaufspassagen und –zentren bereits der Fall ist.

### Der Markt muss bleiben!

#### Gemeinsam Widerstand!

Viel zu lange haben sich die StandlerInnen gegen die KonsumentInnen und umgekehrt ausspielen lassen. Jetzt setzen sie sich gemeinsam für den Erhalt des Marktes ein und haben eine überparteiliche Plattform gegründet. 10.000 Unterschriften, die bereits für den Erhalt des Marktes gesammelt wurden, geben ihrem Kampf Recht.

Die KPÖ Landstraße unterstützt diese Plattform und möchte gemeinsam mit den anderen Oppositionsparteien, Grüne, ÖVP und FPÖ eine Änderung der Entscheidung herbeiführen.

Susanne Empacher, Bezirksrätin der KPÖ-Landstraße tritt für eine BürgerInnenversammlung ein, damit die Stimmen der LandstraßerInnen gehört werden. Denn: Demokratie braucht Bewegung,

Wenn auch Sie unser Anliegen unterstützen möchten: Susanne Empacher, Bezirksrätin, 0676/900951, e.susa@chello.at





## BürgerInneninitiative „Euro-Millionenvermögen besteuern“

Melina Klaus, Bundessprecherin der KPÖ und Ulrike Taberhofer, KPÖ-Gemeinderätin in Graz, übergaben am 9.2.2007 1.300 Unterschriften an Nationalratspräsidentin Barbara Prammer.

Nachdem die KPÖ während des letzten Nationalratswahlkampfes die Unterschriften für diese Petition gesammelt hatte, bleiben auch nach dem Regierungswechsel die Forderungen der KPÖ aktuell - leider. An der Praxis des Sparens etwa bei Sozialausgaben, Bildung und Gesundheit hat sich nichts geändert. Die tatsächlichen Geldvermögen hingegen bleiben unangetastet.

Auch in Österreich wächst der Reichtum – der Reichtum Weniger und die Gewinne der Konzerne. Gleichzeitig sind schon mehr als eine Million Menschen arm oder armutsgefährdet. Die KPÖ fordert deshalb eine Umverteilung von oben nach unten und richtete folgende Petition an den Nationalrat:

„Vermögen von mehr als einer Million Euro sollen mit einer Vermögenssteuer von 5 Prozent, zweckgebunden für Existenzsicherung und Armutsbekämpfung, besteuert werden.“

### Vermögensbesteuerung zweckgebunden

Nur ein Prozent der Österreicher besitzt über ein Drittel des privaten Vermögens, andererseits verfügen 90 Prozent der Bevölkerung ebenfalls über rund ein Drittel des Vermögens. Die hundert reichsten ÖsterreicherInnen besitzen laut Wirtschaftsmagazin „trend“ ein Vermögen von 61 Milliarden Euro.

Die KPÖ konnte im Wahlkampf mit dem Schwerpunkt „Es ist genug für alle da“ punkten und zeigt damit auch eine Alternative zum Regierungsprogramm. Unsere Zentralen

Forderungen bleiben aufrecht:

- ▶ Wiedereinführung der Vermögenssteuer
- ▶ Anhebung des Spitzensteuersatzes
- ▶ Einführung einer Wertschöpfungsabgabe
- ▶ Mindestlohn 1.300 Euro bzw. acht Euro pro Stunde
- ▶ Anhebung der Mindesthöhe von Arbeitslosengeld, Notstandshilfe, Sozialhilfe und Ausgleichszulagenrichtsatz auf die offizielle Armutsgrenze von 848 Euro
- ▶ Die Einführung eines bedingungslosen, existenzsichernden Grundeinkommens für Alle
- ▶ Arbeitszeitverkürzung auf 30 Wochenstunden mit vollem Lohnausgleich. Reduzierung der Lebensarbeitszeit

Als flankierende Maßnahmen erachten wir weiters für notwendig

- ▶ Abschaffung aller Selbstbehalte im Gesundheitswesen
- ▶ Stopp der Zerstörung der öffentlichen Dienste und ein Ende der Ausgliederungen und Privatisierungen
- ▶ Rücknahme der Verschlechterungen im Pensionsrecht
- ▶ Schaffung eines öffentlichen Beschäftigungssektors
- ▶ Gleiche politische und soziale Rechte für alle in Österreich lebenden Menschen





## 1.806 Menschen unterschreiben online-Petition der KPÖ Studiengebühren



Mirko Messner, Bundessprecher der KPÖ, und VertreterInnen des KSV-Linke Liste übergaben Unterschriften für eine parlamentarische Initiative zur ersatzlosen Abschaffung der Studiengebühren an die Parlamentsclubs der SPÖ und der Grünen. Sie sollten damit an ihre Wahlversprechen erinnert werden und die KPÖ machte deutlich, dass sie Forderungen auch in Nach-Wahl-Zeiten nicht ad acta legt. Für die SPÖ übernahm Wissenschaftssprecher Josef Broukal für die Grünen sein Ressortkollege Prof. Kurt Grünewald.

Beide Parteienvertreter beteuerten, dass die Abschaffung der Studiengebühren an der mangelnden Mehrheit im Parlament scheitere und nicht am politischen Willen ihrer jeweils eigenen Partei. Mirko Messner dazu: „Bildung darf kein Privileg sein. Es liegt am prinzipiellen Verständnis der Verteilung der gesellschaftlich vorhandenen Mittel. Solange Steuerprivilegien und Kapitalbesitz unangetastet bleiben, wird es für Bildung und soziale Ausgaben eng bleiben.“

Der Text der online-Initiative:

„Die mit dem Wintersemester 2001/02 eingeführten Studiengebühren stellen mit derzeit 363.36 Euro pro Semester für die meisten Studierenden bzw. deren Eltern eine soziale Härte dar, denen angesichts überfüllter Hörsäle und fehlender Studienplätze nicht einmal eine Gegenleistung gegenübersteht. Durch die Studiengebühren wird der Anfang der 70er Jahre als großer sozialer Fortschritt bewertete freie Hochschulzugang drastisch eingeschränkt und wieder zu einer Frage des Geldes.“

Im Wahlkampf war die Forderung nach Abschaffung der unsozialen Studiengebühren ein wichtiges Thema. Daher fordere ich die Abgeordneten auf, eine parlamentarische Initiative für einen Beschluss des Nationalrates zur raschen und ersatzlosen Abschaffung der Studiengebühren zu ergreifen.“

Binnen kürzester Zeit unterstützten nach den Nationalratswahlen 1.806 UnterzeichnerInnen diese Initiative, und unsere Forderungen.





## Arges T-Shirt Manufaktur

Anfang der 90er als Einstiegsprojekt für alternde Mitglieder der KJÖ-Junge Linke in die KPÖ gegründet hatte die ‚Arbeitsgemeinschaft Junge GenossInnen‘ auch die Siebdruckwerkstatt der Jugendorganisation geerbt. Der Junge Linke Siebdruck war ins Leben gerufen worden, um den Bedarf an politischen – oder besser - politisierenden Textilien zu decken. Aus der fast industriellen Fertigung von ‚Gib Nazis keine Chance‘-Shirts wurde aber rasch ‚Fashion against Fashionism‘. Der kreative Moment trat sukzessive in den Vordergrund. Heute – die Arbeitsgemeinschaft hat aus nachvollziehbaren Gründen zwischenzeitlich die Jugend aus dem Namen verloren und statt dessen die GenossInnenschaft stärker betont - ist die Zahl der Motive, die über die Jahre entstanden ist, unüberschaubar. Die Auswahl der Textilien ist seither breiter und bewusster. Seit 2006 gibt es nicht nur (leider etwas

teurere) fair produzierte und gehandelte Textilien. Als statement gegen die Wegwerfgesellschaft werden darüber hinaus unter dem Motto ‚umverteilt‘ Hemden, Pullover, T-Shirts und Tücher, die nicht mehr gebraucht werden, genossenschaftlich gesammelt, durch Bedrucken veredelt und wieder vertrieben. Den Preis bestimmt in diesem Falle der/die KonsumentIn. T-Shirt, F-Shirt und U-Shirt sind die entsprechenden Produktlinien.

- ▶ T-Shirt steht für ein Kleidungsstück mit kurzen Ärmeln, einem runden oder v-förmigen Ausschnitt, aber ohne Taschen. Mit Aufdrucken kann es Einstellungen, Meinung oder lifestyle der TrägerInnen ausdrücken.
- ▶ F-Shirt steht für ein T-Shirt, dessen Rohstoffe unter Einhaltung der internationalen Fairtrade-Standards angebaut und gehandelt wurden. Die genossInnenschaft trägt dafür Sorge, dass Lebens- und Arbeitsbedingungen ins Blickfeld der KonsumentInnen rücken.
- ▶ U-Shirt steht für ein T-Shirt, das umverteilt wurde. Die genossInnenschaft entzieht der Wegwerfgesellschaft gebrauchte Textilien, bedruckt sie und gibt sie zum Was-es-dir-wert-ist-Preis weiter.

Die genossInnenschaft entwirft und druckt Motive und Begriffe für eine bessere Welt. Ihre Produkte können geringe Spuren von Lohnarbeit, Kapital und Verwertung aber keinen Kopierschutz enthalten. Aktivismus ist für uns kreativ, handwerklich und vertrieblich kommunikativ.

genossInnenschaft@kpoe.at





## „Heißes Eisen“ Spielsucht

Das „heiße Eisen“ Spielsucht hat der steirische KPÖ-Landtagsklubchef Ernest Kaltenecker aufgegriffen. Auf seine Initiative fand am 2. Oktober 2007 im steiermärkischen Landtag eine Enquete zum Thema „Kleines Glücksspiel“ statt. 11.249 SteirerInnen unterstützten die Unterschriftenaktion „Keine Geschäfte mit der Spielsucht“, die am 10. Oktober 2007 mit der Übergabe der Unterschriften an Landtagspräsident Schrittwieser abgeschlossen und an den Petitionsausschuss weitergeleitet wurde. Eine von der KPÖ angestrebte Gesetzesnovelle könnte mit den Stimmen von KPÖ, SPÖ und Grünen noch heuer den Landtag passieren.

Das „Kleine Glücksspiel“ an den angemeldeten 4.700 Spielautomaten fällt in die Landeskompetenz. Eigentlich dürfte an diesen Automaten nur mit 50-Cent-Münzen gespielt und maximal 20 Euro gewonnen werden, die meisten Automaten schlucken aber auch Scheine in jeder Höhe. „Derzeit läuft es so, dass ein Spiel in Sekundenbruchteilen abgewickelt wird, deshalb ist es auch möglich in einer Minute 100 Euro zu verspielen“, so Kaltenecker und verweist auf bereits 1,5 Prozent krankhaft Spielsüchtige in der Gesamtbevölkerung. Bei einer Spielsucht-Enquete des KPÖ-Bildungsvereins am 24. Mai 2007 wurde berichtet, bis zu 12.000 SteirerInnen spielsüchtig sind und diese Sucht immer öfter in Selbstmordversuchen endet, nachdem das Familienvermögen verzockt wurde, und (meist) Mütter und Kinder auf einem Schuldenberg sitzen.

„Zuerst wird das eigene Geld verspielt, dann werden Verwandte und Freunde angepumpt, im Extremfall führt der Weg in die

Kriminalität. Existenzen werden ruiniert, Familien zerstört, gesundheitliche Probleme stellen sich ein und leider gar nicht so selten endet Spielsucht im Freitod von Betroffenen“, so der KPÖ-Klubobmann. Laut Fachleuten des renommierten Wiener Anton-Proksch-Instituts ist fast die Hälfte der Spielsüchtigen unter 18 Jahre alt, die Alterskontrollen sind zum Krenreiben.

Die KPÖ fordert daher, dass an Spielautomaten ausschließlich mit 50-Cent-Münzen gespielt werden darf und dass ein Spiel mindestens 20 Sekunden dauern soll, dann würden Spieler bei geringeren Verlustsummen aufhören. Die SPÖ tritt für die Entfernung der Einzüge für Geldscheine bei den Spielautomaten ein. Die Grünen wollen Präventionsangebote für alle Altersbereiche. Die ÖVP hingegen lehnt die von der KPÖ vorgeschlagenen Änderungen, besonders eine Mindestspieldauer von 20 Sekunden pro Spiel ab und befürchtet, dass damit Spieler in die Illegalität getrieben werden. Der Spielsucht-Verein „Comeback Austria“ will zusätzliche Warnschilder, die Casinos AG schärfere Kontrollen.

Im Landtag hat die KPÖ eine Aufklärungskampagne an steirischen Schulen beantragt. Kaltenecker will auch das Land in die Pflicht nehmen, die KPÖ plant daher einen Musterprozess gegen die Profiteure des Glücksspiels und will auch das Land Steiermark wegen zu freizügiger Genehmigungen und zu lascher Kontrollen verklagen.





## Gegen die Privatisierung der Energie AG

Es kommt nicht oft vor, dass die KPÖ-Oberösterreich der Haider-SPÖ Recht gibt und eine Aktion derselben unterstützt. Doch im Falle der Teilprivatisierung der landeseigenen Energie AG durch den von ÖVP und Grünen mit Unterstützung der FPÖ beschlossenen Börsegang und einer von der SPÖ dazu angestrebten BürgerInnenbefragung ist das aus guten Gründen der Fall. Werden 81.659 amtlich beglaubigte Unterstützungserklärungen vorgelegt, muss eine solche Befragung durchgeführt werden. Das Ergebnis ist zwar für den Landtag nicht bindend, doch sollte eine Mehrheit gegen den Börsegang stimmen, werden sich ÖVP und insbesondere Grüne die weitere Vorgangsweise überlegen müssen.

Für die KPÖ ist die Ablehnung einer solchen Privatisierung eines wichtigen Sektors der Grundversorgung (Strom, Wasser, Abfallentsorgung) nichts Neues. Sie hat ihre Argumente zum Börsegang der Energie AG – etwa wem diese nützt und was die Allgemeinheit davon hat – auf ihrer Website, in einem Falter und Flugblatt sowie einem Kleinplakat deutlich gemacht und sie wirkt in ihrem Umfeld für eine Unterstützung der BürgerInnenbefragung, so etwa auch mit Infoständen in Bezirksstädten wie Vöcklabruck und Braunau.

Gleichzeitig arbeitet der GLB in der überparteilichen Initiative „BürgerInnen gegen Ausverkauf“ mit, die aus der Plattform „StoppGATS“ entstanden ist und bereits mit einigen öffentlichkeitswirksamen Aktionen – so vor dem Landhaus am 5. Juli, dem Tag des Landtagsbeschlusses für den Börsegang und am 23. Oktober 2007 in der Linzer Landstraße – unabhängig von der SPÖ auf

die Bedeutung des Themas aufmerksam gemacht hat.

Anzumerken ist nämlich, dass für die SPÖ in erster Linie parteipolitische und wahltaktische Überlegungen für ihre Anti-Privatisierungshaltung ausschlaggebend sind und weniger eine grundsätzliche Position. Nicht vergessen ist nämlich, dass die SPÖ als Regierungspartei für den Großteil der Privatisierungen der ehemaligen Verstaatlichten zwischen 1986 und 2000 verantwortlich ist und auch in Oberösterreich die Privatisierung der Hypo, die Ausgliederung der Krankenhäuser in die Gespag und den Verkauf der Wohnbaudarlehen an Banken mitgetragen hat.

Wenn die BürgerInnenbefragung zustande kommt, hat dies mehrere Auswirkungen: Erstens ist diese (wie schon die jetzt laufende Phase der Sammlung von Unterstützungserklärungen) mit einer intensiven öffentlichen Debatte über die Bedeutung einer Grundversorgung im öffentlichen Eigentum verbunden. Zweitens besteht die Chance, den Börsegang zu kippen, wenn sich eine Mehrheit gegen denselben ausspricht und der politische Druck auf die schwarzgrüne Landeskoalition wächst. Und drittens wäre das auch ein klares Votum über Oberösterreich hinaus, etwa gegen auch der SPÖ vorhandene Bestrebungen die Verpflichtung einer öffentlichen Mehrheit in der E-Wirtschaft nach dem zweiten Verstaatlichungsgesetzes aufzuheben oder weitere Privatisierungsschritte zu setzen, wie etwa vom steirischen SPÖ-Landeshauptmann Voves im Falle der EStAG geplant.





## Es ist genug für alle da!

**Grundeinkommen – bedingungslos – existenzsichernd. KPÖ forciert Diskussion und internationale Zusammenarbeit.**

Anfang Mai veranstalteten KPÖ, Europäische Linkspartei und KSV-Lili in Wien ein Arbeitsseminar zum Thema „Grundeinkommen (GEK) für alle“. Das Ziel des Seminars bestand darin, Fragen und Argumente zum komplexen Thema Grundeinkommen zu entwickeln.

In ihrem Einstiegsreferat ging Heidi Ambrosch von der Arbeitstheorie von Karl Marx aus, die sie als patriarchal kritisierte, zumal Marx selbst und die Marxisten nach ihm die entscheidende Rolle der Frau in der Entwicklung der vorindustriellen und industriellen Arbeitsgesellschaft ausgeblendet hätten. Daher bleiben wesentliche Differenzierungsmerkmale unberücksichtigt. Der Kapitalismus braucht die hierarchische Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern, in jüngster Zeit zunehmend auch zwischen Migrant/inn/en und „Einheimischen“. Dabei werden alle Tätigkeiten, die sich nicht auf dem Markt verkaufen ließen, die sich nicht den Regeln des Profits und der Akkumulation unterwerfen lassen, ausgegrenzt. Sie werden an die in unserer Gesellschaft diskriminierten Mitglieder, an Frauen und MigrantInnen, delegiert.

Die Vision von Marx war, dass es durch die industrielle Entwicklung möglich sein müsse, die notwendige Erwerbsarbeitszeit zurückzudrängen, so dass insgesamt für alle Menschen mehr Zeit für Selbsterfahrung und Selbstverwirklichung bleibe, um kulturelle und menschliche Wesenskraft zu entwickeln.

Die im kommunistischen Manifest enthaltene fundamentale Kritik an der bür-



gerlichen Familie wurde in der weiteren marxistischen Auseinandersetzung ausgeblendet bzw. auf die Forderung des Rechtes auf Arbeit - gemeint ist männlichzentrierte Lohnarbeit - reduziert. Der Blick auf die Reproduktionsverhältnisse, somit auf den vollen Umfang gesellschaftlich notwendiger und geleisteter Arbeit, rückte erst durch die feministischen Bewegungen Ende der 60er Jahre ins Zentrum.





# Es ist genug für alle da!

Wir stehen heute, vor der Situation, dass der Neoliberalismus die gesamten Reproduktionsgrundlagen in Frage stellt, beziehungsweise zerstört. Deshalb erfolgt auch der Rückruf der Frauen zum Herd, zumindest teilzeitartig, deshalb kam es auch zur Einführung des Kindergeldes in Österreich oder anderer Familienbegünstigungen in anderen europäischen Ländern. Da die Prekarisierung der Arbeits- und Lebensverhältnisse aber

auch Männern die Grundlage entzieht, eine Familie allein zu ernähren, bleibt der Ruf unerhört - in doppelter Hinsicht.

Die zentralen Fragen lauten daher: Wie können wir das Soziale und die Solidarität neu erfinden und konstruieren? Wie lassen sich Arbeits- und Lebensverhältnisse demokratisieren bzw. wieder aneignen, auch jenseits des Lohnarbeitskonzepts? Wo sind die emanzipatorischen Ansatzpunkte, dass sich Prekarität positiv als Befreiung von Arbeitszwang und fremdbestimmter Lohnarbeit wenden lässt?

Neben Umverteilung und Neubewertung von bezahlter und unbezahlter Arbeit im Rahmen geschlechtsspezifischer und internationaler Arbeitsteilung, scheint ein bedingungsloses Grundeinkommen die Voraussetzung dafür, dass Arbeit, soziale Sicherheit und Überleben jenseits des Lohnarbeitsverhältnisses möglich werden, das schließt selbstverständlich auch Rechte jenseits von Staatsbürgerlichkeit ein.

Die inhaltliche Dokumentation der Konferenz, Vorstellungen der KPÖ zur Finanzierung eines Grundeinkommens und zur Schaffung neuer, gesellschaftlich sinnvoller Arbeitsplätze stehen auf [www.kpoe.at](http://www.kpoe.at) zur Verfügung.

VertreterInnen der KPÖ beteiligten sich weiters im Oktober am zweiten deutschsprachigen Grundeinkommenskongress in Basel. Neben vielfältigen, spannenden Debatten war ein wesentliches Ergebnis, die weitere grenzüberschreitende Vernetzung. Gemeinsam etwa mit der Bundesarbeitsgruppe Grundeinkommen der Linken-Deutschland fordert die KPÖ die Verankerung eines Grundeinkommens im EU-Recht.





## Die Geschichte der Partei

Broschüren der KPÖ-Oberösterreich

Seit vielen Jahren würdigt die KPÖ-Oberösterreich die Geschichte der Partei, der ArbeiterInnenbewegung und des antifaschistischen Widerstandes durch die Herausgabe von Dokumentationen und kann sich dabei auf die umfangreichen Sammlungen und Recherchen von Peter Kammerstätter (1911-1993) stützen.

Mit der Ende 2006 erschienenen Dokumentation „Ihre Handlungen sichtbar machen...“ würdigte die KPÖ den bislang viel zu wenig bekannten Anteil von Frauen, ohne die der Großteil des antifaschistischen Widerstandes gar nicht möglich gewesen wäre. Die Dokumentation enthält einen Überblick über den kommunistischen Frauenwiderstand in Oberösterreich, eine Liste der bekannten Opfer, eine Darstellung des Frauengefängnisses Kaplanhof und des Arbeitserziehungslagers Schörgenhub sowie des Frauenwiderstandes im Salzkammergut. Weiters sind in biografischen Artikeln namhafte Frauenschicksale wie jene von Gisela Tschofenig-Taurer, Theresia Reindl, Margarethe Müller, Cäcilie Zinner, Elisabeth Rechka, Anni Haider, Anna Gröblinger, Herta Schweiger, Theresia Tripolt, Margarete Stöblein, Elisabeth Fürschuß, Hermine Schleicher, Theresia Pesendorfer, Maria Ehmer, Maria Plieseis, Marianne Feldhammer, Risa Höllermann und Cäcilia Fischill dargestellt

Am 11. September 1907 wurde Franz Haider (1907-1968) geboren, sein hundertster Geburtstag war für die KPÖ-Oberösterreich Anlass für eine Broschüre, die mit ausgewählten Reden und Artikeln die Vielseitigkeit des langjährigen Landesobmannes als Parteifunktionär und Politiker deutlich machen. Die Dokumentation enthält eine Biografie Franz

Haiders, seine Tätigkeit in der Sportbewegung, Erinnerungen seiner Gattin Anni Haider an ihren „Franzl“, die Verurteilung durch den NS-Volksgerichtshof und einen Brief an den Landesobmann der illegalen KPÖ Sepp Teufel aus dem Zuchthaus Garsten. Weiters Haiders Tätigkeit als kurzfristiger Landeshauptmannstellvertreter, als Herausgeber der „Neuen Zeit“, in der Zivilverwaltung Mühlviertel und als Linzer Gemeinderat. Dazu Auszüge aus Reden am 13. Landesparteitag im Jahre 1946, beim KPÖ-Parteitag 1961 und im Linzer Gemeinderat.

Am 27. Oktober 1997 starb Franz Kain. Sein zehnter Todestag war Anlass für die Neuauflage der 2002 erstmals erschienenen Dokumentation „Schriftsteller, Journalist, Politiker – Franz Kain (1922-1997)“. Das Leben von Franz Kain war sehr bewegt und widerspiegelt das turbulente 20. Jahrhundert. Die Dokumentation enthält eine Biografie Franz Kains, literarische Kostproben beginnend mit der Kriegsgefangenschaft, Stellungnahmen zu Entwicklungen in der KPÖ, Reden im Linzer Gemeinderat, Artikel zum österreichischen Nationalgefühl, kommunistischen Journalismus und Zeitgeschichtsforscher, die Rede von Walter Wippersberg anlässlich der Verleihung des Landeskulturpreises an Franz Kain sowie einen Nachruf.

Diese drei zuletzt erschienen Broschüren können bei der KPÖ-Oberösterreich, Melicharstraße 8, 4020 Linz, Telefon 0732 652156, Mail [ooe@kpoe.at](mailto:ooe@kpoe.at) bestellt werden und steht als PDF zum Download auf der Website <http://ooe.kpoe.at> zur Verfügung.





## 40 Fuß Solidarität

Bereits seit mehreren Jahren senden wir, ein parteiübergreifendes Bündnis von KommunistInnen, SozialdemokratInnen, Grünen, Parteilosen, GewerkschafterInnen und BetriebsrätInnen gemeinsam mit dem Verein „Energie for Cuba“ jährlich einen Solidaritätscontainer mit wichtigen und dringend benötigten Gütern nach Cuba.

In erster Linie sind das Medikamente, Medizintechnik, Computer, Rollstühle, Schul- und Kindergartenmaterial, Kinderkleidung, Sportausrüstungen usw. Heuer ist uns ein ganz besonderer „Wurf“ gelungen: Von einem österreichweit agierenden Brillenhersteller bekommen wir regelmäßig einige tausend dringend benötigter Brillen und eine andere große Firma stellt uns tonnenweise saubere, zum Teil sogar nagelneue Krankenhauswäsche zur Verfügung.

Auch haben wir von namhaften Firmen großzügige Sachspenden erhalten (ganze Paletten Verbandsmaterial, Antibiotika, Rollstühle, Computer...). Zahlreiche ÄrztInnen und Apotheken haben insgesamt 24 Schachteln Medikamente gespendet und einige Fußballvereine haben körbeweise Sportbekleidung zur Verfügung gestellt.

Das größte Problem sind freilich die Transportkosten. Allein für einen 40-Fuß-Container müssen nahezu 4.000 Euro aufgebracht werden, dennoch ein Klacks im Vergleich zum Wert des Inhalts. Außerdem müssen bestimmte Materialien, die wir nicht gespendet bekommen (OP-Handschuhe, Amalgam...), gekauft werden. Viele Solidaritätsbewegte haben gespendet, so dass dieser Transport problemlos durchgeführt werden konnte.

Wir konnten bis dato so viele Spenden

sammeln, dass wir den siebten Großcontainer fertigmachen und wahrscheinlich Mitte bis Ende Jänner 2008 nach Kuba senden können. Der größte Teil der Spenden geht in die Provinz Holguin im Nord-Osten Kubas und wird über das ICAP (Institut für Völkerfreundschaft) ausschließlich an staatliche Einrichtungen (Krankenhäuser, Schulen,...) verteilt.

Außerdem versorgen wir die Gewerkschaft mit dringend benötigtem Büromaterial und rüsten eine Grundschule aus. Dazu benötigen wir Schreib- und Farbstifte (keine Filzschreiber, weil diese zu schnell austrocknen), Radierer, Spitzer, Lineale, Zirkel, Scheren, Malfarben, Pinsel. Für Sportschulen benötigen wir dringend Sportbekleidung (Fußballdressen, Sportschuhe, Judobekleidung, Fecht-ausrüstung...) Über diese und andere Projekte wird laufend und ausführlich in „Cuba Si“, der Zeitschrift der ÖKG, berichtet.

Solidarität, Mitarbeit und vor allem finanzielle Hilfe ist äußerst wichtig und notwendig. Wir laden ein, sich an unserer Solidaritätsarbeit zu beteiligen.

Informationen bei Max Müller (E-Mail: [maximilian.mueller@liwest.at](mailto:maximilian.mueller@liwest.at), Telefon: 0699 113 25 983) oder Stefan Krenn (E-Mail: [stefan.krenn@kabelspeed.at](mailto:stefan.krenn@kabelspeed.at) Telefon 0699-126 33 590).

Spendenkonto: Sparda Linz, BLZ 49460, Kontonummer 00-423.411 lautend auf Krenn Stefan und Müller Max Cubasolidarität Container 05





## Wohnen auf Kasernengrund

Auf Antrag der KPÖ beschloss der Grazer Gemeinderat bereits am 16. Februar 2006 einstimmig, den Bund zu ersuchen, mit den Gemeinden Gespräche aufzunehmen, ob freiwerdende Kasernengrundstücke zu günstigen Bedingungen für den Bau von Gemeindewohnungen, aber auch von Kinderbetreuungseinrichtungen, Nahversorgung, Arbeitsstätten und großzügigen Grünbereichen angeboten werden können. Über 5.000 Menschen haben eine diesbezügliche Petition der Grazer KPÖ an den Nationalrat unterzeichnet.

Da der Verkauf freigewordener Kasernenareale wegen der überhöhten Marktpreise sehr schleppend verläuft, sollte die neue Regierung die Konsequenz ziehen und auf den KPÖ-Vorschlag einsteigen, urgierte KPÖ-Klubchef Sepp Schmalhardt in einer Anfrage an Bürgermeister Nagl 2007 neuerlich. Gleichzeitig wurde verlangt, dass die Initiative Gemeindewohnungen auf Kasernengrund im Programm der neuen Bundesregierung verankert werden soll. An die Adresse des Landes gerichtet forderte die Grazer KPÖ-Wohnungsstadträtin Elke Kahr, statt 130 Mio. Euro aushaftende Wohnbaurdarlehen an Banken zu verkaufen, die Initiative „Gemeindewohnungen auf Kasernengrund“ aktiv zu unterstützen und die Errichtung von Wohnungen auf solchen Grundstücken zu fördern.

Das Verteidigungsministerium hat eine eigene Gesellschaft damit beauftragt, die Kasernengrundstücke zu verwerten. Um sicherstellen zu können, dass die Gemeinde beim Verkaufsprozess der Kasernen nicht ins Hintertreffen gelangt, wäre eine Willensentscheidung der zuständigen Stellen des

Bundes notwendig, für Gemeindewohnungen geeignete Grundstücke des Bundesheeres vorrangig an Kommunen abzugeben. Schließlich waren Kasernen des Bundesheeres teilweise schon seit mehr als hundert Jahren im Besitz der öffentlichen Hand. Eine der Möglichkeiten in diesem Zusammenhang wäre ein Grundtausch zwischen Kasernengrundstücken und verwertbaren Grundstücken, die im Besitz der Gemeinde Graz sind.

In Graz sind die Hummel- und die Kirchnerkaserne mit einem Areal von mehr als 12.000 Quadratmeter betroffen. Aufgegriffen wurde das Thema aber auch in anderen Städten. So forderte die KPÖ in Oberösterreich mit Verweis auf die Grazer Initiative die Nutzung freiwerdender Grundflächen der seit Jahren leerstehenden Trollmann-Kaserne in Steyr und der Kremstal-Kaserne in Kirchdorf an der Krems für den Wohnbau zu nutzen. Ähnliche Initiativen gibt es in Salzburg und Innsbruck, wo Grünlandschützer fordern, dass Grundstücke des Bundesheeres in der Stadt nicht an Spekulanten verscherbelt werden dürfen.

Der frühere ÖVP-Verteidigungsminister Platter hatte die Verwirklichung des Anliegens „Gemeindewohnungen auf Kasernengrund“ blockiert. Sein Nachfolger Darabos (SPÖ) signalisierte hingegen am 10. April 2007 in einem Brief an Stadträtin Kahr, dass ihm „soziale Lösungen immer ein persönliches Anliegen sind“ und regte an „durch attraktive Flächen- und Bauwidmungen“ die „angesprochene Wohnbebauung zu ermöglichen“.





## Rassismus ist kein Kavaliersdelikt

Die Antrittsrede eines KPÖ-Bezirksrates

Josef Iraschko, seit 23. Oktober 2005 KPÖ-Bezirksrat in Wien-Leopoldstadt ist, nahm in seiner Antrittsrede zu den Grundprinzipien der KPÖ Stellung.

Die KPÖ, sieht in dem Wiedereinzug in die Bezirksvertretung nach insgesamt 14 Jahren Abwesenheit einen politischen Erfolg, der beweist, dass eine wachsende Anzahl von Menschen sich eine andere Politik in dieser Stadt wünschen. Das drückt sich auch zum Teil in der geringen Wahlbeteiligung in unserem Bezirk aus. Gleichzeitig ist aber unser Erfolg auch Auftrag, Verantwortung und Verpflichtung. Und es ist nicht von ungefähr, dass mir als MieterInnenberater und Wohnrechtsexperte der KPÖ dieses Vertrauen geschenkt wurde, sind es doch besonders die Probleme auf dem Wohnungsmarkt, die eine immer größere materielle Bedrohung für ältere Menschen und für junge Menschen, die neu auf den Wohnungsmarkt drängen darstellen.

Meine Partei wird im Interesse der Menschen im Bezirk besonders für soziale und integrationspolitische Schritte eintreten. Sie versteht sich als Partei, die sich im Interesse der Bevölkerung gegen die neoliberale Entwicklung und Privatisierungstendenzen in unserer Stadt stellt. Wir werden uns daher besonders für die Beibehaltung und Ausweitung der öffentlichen Verantwortung in der Versorgung der Bevölkerung mit öffentlichen Gütern wie Bildung, Gesundheit, Wohnen und Nahversorgung einsetzen. Wir meinen auch, dass die profitablen Verwertung des öffentlichen Raums, in unserem Bezirk geht es dabei vor allem um den Grünraum Prater, nicht im Interesse der LeopoldstädterInnen ist. Außerdem müssen wir gemeinsam dringend Schritte gegen die wachsende Armut in un-

sere Bezirk unternehmen. Wohnungspolitisch treten wir dafür ein, dass langfristig Substandardwohnungen aus unserem Stadtbild verschwinden.

Es spricht für die Reife der Wählerinnen und Wähler der Leopoldstadt jene Partei deutlich auf den 4. Platz verwiesen zu haben, die durch Schüren von Fremdenhass und Ausgrenzung punkten wollte. Trotzdem schäme ich mich für Wien und unseren Bezirk, dass ein derartig rassistisch geprägter Wahlkampf nicht verhindert werden konnte. Wenn man bedenkt, welche Bringschuld gerade unser Bezirk aus der Vergangenheit übernommen hat, so müssten wir besonders sensibel gegenüber solchen Tendenzen sein.

Fremdenfeindlichkeit und Rassismus sind keine Kavaliersdelikte, sie haben mit demokratischen Grundregeln nichts gemeinsam. Wir dürfen diesen öffentlich zur Schau gestellten Rassismus in Zukunft nicht mehr zulassen. Gelebte Integration als aktive Gegenstrategie heißt jedoch viel mehr als die Schaffung von Begegnungsstätten, so wichtig diese auch sind. Integration heißt gemeinsames und gegenseitiges Geben und Nehmen, heißt gemeinsames Leben, Wohnen, Lernen, Anerkennen anderer Kulturen und gemeinsames Arbeiten. Das alles geht nicht ohne die Bereitstellung entsprechender Mittel.

Angesichts der rassistischen Wahlkämpfe von FPÖ und BZÖ wende ich mich abschließend insbesondere an die VertreterInnen von SPÖ, Grüne und ÖVP : Machen wir unsere Leopoldstadt zu einem rassismussfreien Bezirk! Lassen Sie uns da als Beispiel auch für andere Bezirke vorangehen.

josef.iraschko@chello.at





## Kurz-Meldungen

⋮ Mit einem Dringlichkeitsantrag hat die KPÖ im Grazer Gemeinderat eine Volksabstimmung über den EU-Vertrag verlangt. Bereits im September war ein ähnlicher Antrag im steirischen Landtag von SPÖ, ÖVP und Grünen abgelehnt worden.

⋮ Sehr erfolgreich war die von der KPÖ organisierte Vortragstournee mit dem deutschen Historiker Harald Neubert zum Thema „90 Jahre Oktoberrevolution und der Sozialismus im 21. Jahrhundert“ in der ersten Novemberwoche. Bei gut besuchten Veranstaltungen in Wien, Brunn am Gebirge, Linz, Salzburg und Innsbruck wurde mit intensiven Diskussionen des Jahrestages gedacht.

⋮ Erreicht hat die KPÖ-Salzburg die notwendigen 2.000 Unterschriften für das BürgerInnenbegehren „Kommunaler Wohnbau jetzt!“, mit dem unter anderem die Wiederaufnahme des kommunalen Wohnbaus, Änderungen in der Raumordnung zugunsten des sozialen Mietwohnbaus und ein Einweisungsrecht der Stadt verlangt werden.

⋮ Zwei Drittel der 750 erforderlichen Unterstützungserklärungen für das Einleitungsverfahren des von KPÖ, GLB, Grünen, dem Verein imZoom.info und der BürgerInneninitiative „Daheim statt Heim“ unterstützten Tiroler Volksbegehrens „fairSORGEN“ sind bereits aufgebracht. Gefordert wird die Abschaffung der Regressbestimmungen im Tiroler Grundversicherungs- und Grundversorgungsgesetz. Infos unter <http://tirol.kpoe.at>

⋮ Die KPÖ-Oberösterreich unterstützt die von der SPÖ gestartete Initiative für eine BürgerInnenbefragung zum Börsegang der landeseigenen Energie AG. Von den für die Einleitung erforderlichen 81.569 Unterschriften wurden bisher rund 61.000 erreicht. Wahlberechtigte

OberösterreicherInnen können beim Gemeindevorstand oder Magistrat des Hauptwohnsitzes unterschreiben. Die KPÖ hat zum Thema Energie AG auch ein Flugblatt herausgegeben. Infos unter <http://ooe.kpoe.at>.

⋮ Einen schönen Wahlerfolg mit einer Steigerung auf 583 Stimmen bzw. 4,22 Prozent kann die Liste KLS (Kommunisten und Linksozialisten) mit Franz Kral als Spitzenkandidat und insgesamt acht KandidatInnen bei der Gemeinderatswahl in der NÖ Statutarstadt Krems am 7. Oktober 2007 erzielen. Die KLS kann damit nicht nur ihr Mandat im 40köpfigen Gemeinderat klar behaupten, sondern wird damit stimmenmäßig sogar stärker als die Grünen. Nur 37 Stimmen fehlen auf das zweite Mandat. 2002 hatte die KLS 432 Stimmen bzw. 3,14 Prozent erzielt und damit das 1997 verloren gegangene Mandat im Gemeinderat wieder zurückerobert.

⋮ Intensive Diskussionen und ausführlichen Erfahrungsaustausch gab es auch beim zweiten diesjährigen Schnupperseminar „Kommunismus heute“ Ende September im Kinderland-Heim Lauterbach. Behandelt wurden die Themen Selbstverständnis der KPÖ, Feminismus und Umverteilung. Bereits im März hatte ein gleichartiges Seminar in Reichenau (OÖ) stattgefunden.

⋮ KPÖ-Bundessprecherin Melina Klaus und KPÖ-Bundessprecher Mirko Messner unterstützen den Internetappell <http://gegenabschiebung.wordpress.com/> in welchem Menschen bekennen, dass sie illegalisierten Flüchtlingen helfen werden.

⋮ Im Juni 2005 feierte der Stand Up Club in Fischamend sein 30 jähriges Jubiläum. Fakt ist, dass der Stand Up Club Fischamend aus der Kulturszene Ostösterreichs nicht



mehr weg zu denken ist. Einige Größen der österreichischen Musik/Kabarett Szene hat es seit 1975 nach Fischamend verschlagen: Ostbahnkurti, Lukas Resetarits, Drahdwaberl, Thomas Maurer, Alf Poier, Opus, Wilfried, Bluespumpm, Sigi Maron, Jesus Messerschmitt, Harry Stojka, Schmetterlinge, um nur einige zu nennen.

Seit 1994 veranstaltet der Stand Up Club Fischamend den Bandwettbewerb Ostrocktrophy, der sich im Laufe der Jahre zum größten seiner Art in Ostösterreich gemauert hat.

Gemeinderätin Renate Strauss zur Bedeutung des Clubs: „Institutionen wie beispielsweise der ATSV Fischamend, die Feuerwehr und der Stand up Club bieten den heranwachsenden Jugendlichen wichtige Freiräume: Sport als Mittel zum Aggressionsabbau, Feuerwehr als Dienst an der Gesellschaft und autonome, gewaltfreie Jugendkultur zur Selbstverwirklichung. Für die Erhaltung und Ausweitung dieser Freiräume sollten klare Maßnahmen zur Unterstützung von Vereinen ausgearbeitet werden.“



## Die KPÖ hat Positionen

Gegen „braune Flecken“ in den österreichischen Gemeinden :: Gleiche Rechte für alle in Österreich lebenden Menschen :: Die KPÖ zum EU-Grünbuch Arbeitsrecht :: Der Gewerkschaft beitreten – die Gewerkschaften demokratisch verändern! :: Acht Tatsachen und Thesen der KPÖ zum Thema Gesamtschule :: Bildung darf keine Ware sein: Die KPÖ zur Hochschulpolitik :: Für die Abschaffung der unsozialen Studiengebühren! :: Neoliberale Regierungspolitik wird fortgesetzt. Die KPÖ zur Regierungsbildung :: 50 Jahre Römische Verträge: KPÖ zieht kritische EU-Bilanz :: Hiroshima mahnt: Für die Vernichtung aller Atomwaffen! Stellungnahme der KPÖ zum Hiroshima-Jahrestag 2007 :: Prekäre Arbeitsverhältnisse – ein Frauenproblem? :: Positionspapier zum Nahost-Konflikt :: Der Frieden ist ein Grundwert der Linken :: KPÖ zum Jahrestag der Februarkämpfe 1934 :: Keine Pflege ist illegal. Ein Positionspapier der KPÖ :: Für eine andere Globalisierung! Positionspapier der KPÖ zum G8-Gipfel in Heiligendamm :: Die KPÖ zur Situation der Gemeinden :: Diskussionspapier zum Thema Umverteilung :: KPÖ für offensive Lohnpolitik und radikale andere Steuerpolitik :: Es ist genug für alle da. Diskussionspapier über ein bedingungsloses und existenzsicherndes Grundeinkommen :: Wasserversorgung ist eine Aufgabe der öffentlichen Hand :: Die KPÖ zur Klimapolitik :: Die KPÖ zur Wahlrechtsreform :: Zur Anfechtung der NR-Wahl 2006 :: Nach der Nationalratswahl :: Stellungnahme der KPÖ zum Ergebnis der Nationalratswahl 2006 :: Memorandum Arbeit – Pension :: Gegen Bildungs- und Sozialabbau :: Ein anderes Europa ist möglich. Gegen das Europa der Konzerne und Generäle :: Die KPÖ zu 90 Jahre Oktoberrevolution :: Es ist genug für alle da! Existenzsichernde Arbeit und Grundeinkommen für Alle – ein beschäftigungs- und sozialpolitisches Konzept der KPÖ

Positionspapiere der KPÖ nachzulesen auf <http://www.kpoe.at>



### **Bundesvorstand der KPÖ**

1140 Wien, Drechslerg. 42

+43 (1) 503 65 80-0

+43 (1) 5036580/499

bundesvorstand@kpoe.at

<http://www.kpoe.at>

### **KPÖ-Salzburg**

5020 Salzburg, Elisabethstraße 11

+43 (662) 872244

+43 (662) 87-22-44 /4

salzburg@kpoe.at

<http://salzburger.kpoe.at/>

### **KPÖ-Burgenland**

7000 Eisenstadt, Hauptstraße 26

+43 (2682) 625 41

### **KPÖ-Kärnten**

9020 Klagenfurt, Südbahngürtel 24

+43 (463) 31-97-32

+43 (463) 31 97 32-17

kaernten@kpoe.at

### **KPÖ-Niederösterreich**

3100 St. Pölten, Andreas-Hofer-Straße 4

+43 (2742) 710 74-0

+43 (2742) 710 74-17

kpoe.noe@aon.at

<http://www.noe.kpoe.at/>

### **KPÖ-Oberösterreich**

4020 Linz/Donau, Melicharstraße 8

+43 (732) 65-21-56

ooe@kpoe.at

<http://ooe.kpoe.at/>

### **KPÖ-Steiermark**

8020 Graz, Lagergasse 98a

+43 (316) 71-24-36

+43 (316) 71-62-91

kp.stmk@kpoe-graz.at

<http://www.kpoe-steiermark.at/>

### **KPÖ-Tirol**

6020 Innsbruck, Gumpstraße 36

kpoe@imzoom.info

<http://tirol.kpoe.at/>

### **KPÖ-Vorarlberg**

vorarlberg@kpoe.at

### **KPÖ-Wien**

1140 Wien, Drechslerg. 42

+43 (1) 214 45 50-0

+43 (1) 214 45 50-9

wien@kpoe.at

<http://wien.kpoe.at>

